UNIVERSITY OF CALIFORNIA AT LOS ANGELES
NOV 9 1936
LIBRARY

Zweite Mittags-Ausgabe.

Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H.

(Als Manuskript gedruckt, Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

3. Jahrg 1936	Berlin, Montag, 19. Oktober	Nr. 1379

Reichshandwerksmeister über die Aufgaben des Handwerks.

Essen, 18. Oktober. Auf einer Großkundgebung des Handwerks sprach am Sonntag in Essen vor 12 000 Teilnehmern Reichshandwerksmeister S c h m i d t über die Aufgaben des deutschen Handwerks.

Der Reichshandwerksmeister betonte, daß sich das Handwerk auf die gewaltigen Aufgaben eingestellt habe, deren Lösung der Führer vom deutschen Volk fordere. Die Wirtschaftsorganisation des Handwerks stehe heute auf festen Füßen und die 4½ Millionen Handwerker seien bereit, ihre Aufgabe zu erfüllen. Der vom Führer aufgestellte Vierjahresplan fordere von jedem einzelnen den vollen Einsatz. Bereits in den letzten Jahren sei das Arbeitsvolumen des Handwerks beträchtlich gestiegen. Es komme jetzt mehr als bisher darauf an, die heimischen Werkstoffe zu nutzen und das menschlich überhaupt Mögliche aus ihnen herauszuholen.

Hier erwachse gerade dem deutschen Handwerker eine besonders wichtige Aufgabe, gehe doch laufend der größte Teil der Nahrungsmittel und ein erheblicher Hundertsatz der Rohstoffe durch seine Hände; denn mit rund 15 Milliarden RM jährlich sei das Handwerk an dem Gesamtumsatz der deutschen Wirtschaft (rund 55 Milliarden RM) beteiligt. Die Stellen, die Aufträge zu vergeben hätten, Behörden, Kommunen und Private, müßten ihre Anforderungen den gegebenen Möglichkeiten anpassen. Dementsprechend müßten die Lieferungsbedingungen auf heimische Werkstoffe abgestellt sein. Die Werkstoffberatung des Handwerks und seiner Organisation habe in jeder Weise einer erfolgreichen Durchführung des Vierjahresplanes zu dienen.

Das Handwerk sei dank seiner straffen Organisation auch in der Lage, die großen Fragen zukünftiger Arbeitsbeschaffung zu lösen. Aber so sehr man auch den Wert von Material und Werkzeugen zu schätzen wisse — das wertvollste sei und bleibe der Mensch! Eine Wirtschaftsführung ohne Menschenführung könne die gewaltigen Probleme nicht meistern. Eine Wirtschaft, die nicht vom Sozialismus getragen und bestimmt werde, werde nie im wahren Sinne Volk und Nation dienen können. Daher sei es sein unbedingter Wille, daß sich Meister, Geselle und Lehrling dem höheren Ziele der Handwerkspolitik zuwendeten und geschlossen in der Deutschen Arbeitsfront marschierten.

Der Reichshandwerksmeister behandelte dann die Notwendigkeit der Betreuung und Ausrichtung von Meister, Geselle und Lehrling durch die DAF. Die einzelnen Aufgabengebiete seien sehr groß. Die Leistung sei das verbriefte Recht einer zielstrebenden Entwicklung. Sie sei die Brücke, die allein zur Selbständigkeit führe. Deshalb müsse durch eine klar geordnete Berufsschulung neben der praktischen beruflichen Ausbildung der Weg zur Höchstleistung bereitet werden. Ein jährlich stattfindender Wettbewerb von Geselle und Meister solle hier anspornen und das Beste belohnen.

Das Gesellenwandern werde in nicht allzuferner Zeit eine Voraussetzung zur Ablegung der Meisterprüfung werden. Denn die beste Schule sei das Leben. Wer seine Arbeit kenne und Deutschland, wisse beides zu schätzen und zu lieben. Für konfessionelle Gesellenvereine sei kein Raum mehr in Deutschland. Die Betriebsbesichtigungen seien keine Kontrolle im üblichen Sinne, sondern sollten, durchgeführt von Meistern und Gesellen, dem sozialen Ausgleich dienen. Pflege von Kultur und Geselligkeit müßten der Gemeinschaft den Weg ebnen. Die Tarifordnungen seien Hilfsmittel; Erfolg aber bringe nur der Gemeinschaftsgeist. Eine gesunde Aufbauarbeit sei nur möglich, wenn neben der fachlichen die nationalsozialistische Haltung des einzelnen gewährleistet sei.

Der Aufbau der Volkswirtschaft gewinne eine höhere Bedeutung mit der Bildung der Betriebsgemeinschaft, der Betriebsfamilie, die ihrerseits, ausgerichtet über die Wirtschaftsgemeinschaft, Diener des wahren Sozialismus sei.

Tagung der Gesellschaft für Arbeitsschutz.

Frankfurt a. M., 18. Oktober. Am Sonntag wurde hier die Hauptversammlung der Deutschen Gesellschaft für Arbeitsschutz eröffnet.

Die Begrüßungsansprache hielt der Vorsitzende, Professor **Selck.**

Staatssekretär **Dr. Krohn** überbrachte die Grüße der Reichsregierung, besonders des Reichsarbeitsministers. Die Aufgabe, die sich die Gesellschaft für Arbeitsschutz gestellt habe, sei ein bedeutender Teil der Gesamtsozialpolitik. Gerade der Arbeitsschutz sei der Anfang aller Sozialpolitik gewesen. Wenn die deutsche Sozialpolitik den Wettlauf mit den Gefahren gewonnen habe, dann sei das nur möglich gewesen durch die enge Zusammenarbeit aller in Frage kommenden Stellen und durch das Verständnis, das der Arbeitsschutz bei den Schaffenden selbst gefunden habe. Auch der deutsche Unternehmer habe sich in seiner sozialen Gesinnung nicht übertreffen lassen. Jetzt dürfe man nicht rasten; es müsse noch Weiteres geschaffen werden. Der Staat Adolf Hitlers, der in der Arbeit des Volkes sein größtes Gut, in der Arbeitskraft seinen größten Reichtum und in jedem Schaffenden seinen besten Bürger sehe, werde dem Schutz der Arbeitskraft einen neuen Auftrieb geben.

Reichsärzteführer **Dr. Wagner** sah die Bedeutung der Tagung besonders darin, daß die Frage der Ernährung in Verbindung mit der Arbeit und der Arbeitsleistung im Vordergrunde der Verhandlungen stehen soll. Während man in der Vergangenheit nur die reinen Sicherungsmaßnahmen auf dem Gebiete des Arbeitsschutzes gekannt habe, stelle die neue Zeit den deutschen Menschen in den Mittelpunkt, werfe man besonders die Frage der gesunden Ernährung des Volkes auf, um seine Arbeitsfähigkeit zu erhalten.

Hauptamtsleiter **Selzner** kam auf die Ermüdungserscheinungen als Ursache vieler Betriebsunfälle zu sprechen und wies auf die Einrichtungen hin, die die Deutsche Arbeitsfront geschaffen habe, um den deutschen schaffenden Menschen einer höheren Arbeitsbereitschaft entgegen zu führen.

Dr. Walther, der Vertreter Hilgenfeldts, überbrachte die Grüße des Hauptamtsleiters und gab eine Darstellung über die Ausstellung für Arbeitsschutz.

Kundgebung des Reichsamts „Deutsches Volksbildungswerk“.

München, 18. Oktober. Mit einer Kundgebung im Deutschen Museum eröffnete am Sonnabend das Reichsamt „Deutsches Volkbildungswerk“ in der NS.-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ seine Winterarbeit.

Nach einer Begrüßungsansprache des Leiters des Reichsamts, **Leutloff,** überbrachte der Reichsobmann der NSBO., Hauptamtsleiter **Selzner,** die Grüße von Dr. Ley.

Darauf sprach der Reichsamtsleiter der NSG.-„Kraft durch Freude“, **Dreßler-Andreß,** über die Aufgaben des „Deutschen Volksbildungswerks“.

Der 2. Bundesappell der Vaterländischen Front.

Wien, 18. Oktober. Der 2. Bundesappell der Vaterländischen Front fand am Sonntag auf dem Gelände des berühmten Militär-Exerzierplatzes des alten Oesterreichs, der Schmelz in Wien, statt. Aus den Bundesländern waren etwa 150 000 Frontmitglieder angetreten. Für Wien war die Teilnahme für jedes Frontmitglied Pflicht. Man schätzt die Menschenmenge, die sich versammelt hatte, auf 400 000 Personen.

Der Bundesappell wurde mit einer Feldmesse eingeleitet, an die sich eine Weihe von Frontfahnen schloß. Sodann hielten der Staatssekretär der Vaterländischen Front, **Zernatto,** der Bürgermeister von Wien, **Schmitz,** und andere führende Persönlichkeiten der Vaterländischen Front kurze Ansprachen.

Zuletzt ergriff Bundeskanzler **Dr. Schuschnigg** das Wort. Er wandte sich zuerst an die Arbeiter und erklärte, daß es die oberste Sorge der österreichischen Staatsführung sei, allen Oesterreichern Brot und Arbeit zu verschaffen. Einen Klassenkampf werde es niemals mehr geben.

„Arbeiter,“ so erklärte er, „laßt Euch nicht von Leuten verhetzen, die wieder in ihre Parteisekretariate zurückkehren wollen.“

An die österreichischen Bauern richtete der Bundeskanzler die Aufforderung, die Regierung im Kampfe um die Senkung der Lebensmittelpreise zu unterstützen.

Bezüglich der österreichischen Nationalsozialisten sagte der Kanzler: „Wir sind bereit, ohne uns durch Einzelgänger und Gruppen beeinflussen zu lassen, die nun einmal absolut eigene Wege gehen wollen, die aber weder ihnen noch dem deutschen Gedanken bekömmlich werden können, geduldig und konsequent die Wege zu ebnen, die zu einer weiteren Befriedung führen, jenen Zeitpunkt abzuwarten, der nun einmal unvermeidlich abzuwarten ist, um die im haßerfüllten Bruderkampf geschlagenen Wunden zu heilen.“

Neuorganisation des Regierungslagers in Polen?

Warschau, 18. Oktober. Die Gerüchte, daß in Polen wichtige innerpolitische Ereignisse zu erwarten sind, verdichten sich immer mehr. Man erwartet, daß eine grundlegende Neuorganisation des Regierungslagers erfolgt. Die gesamte nationaldemokratische Presse sowie der **Krakauer Illustrierte Kurier** behaupten, die Grundgedanken der geplanten neuen Organisation bekannt geben zu können.

Nach diesen Informationen soll die Organisation, deren Vorarbeiten Oberst Koc leitet, den Namen „Lager der staatlichen Tat“ oder „Verband der staatlichen Tat“ erhalten. Das neue Lager werde die staatliche Idee als beherrschend in den Mittelpunkt ihrer Aufbauarbeit stellen und erkläre sich unter Ablehnung einer Rückkehr zum Parteiensystem und unter Ablehnung aller in Richtung der „Volksfrontidee“ gehenden Bestrebungen für die Verwirklichung des Führerprinzips.

Leitgedanke sei die Stützung der Regierung auf die Autorität eines Einzelwillens, den man in der Person des Oberbefehlshabers der polnischen Wehrmacht gegeben sehe. Bemerkenswert sei es, daß neben der politischen Organisation des neuen Lagers eine halbmilitärische Nebenorganisation geschaffen werden solle, deren Aufgabe die Sicherung der Gesamtorganisation sein solle.

Wachsende Beunruhigung über die Politik Blums.

Paris, 18. Oktober. Der nationale Ausschuß für die Vertretung der Interessen von Handel und Industrie hat an Ministerpräsident B l u m ein Schreiben gerichtet, um auf die schwerwiegenden Folgen des „gefährlichen Präzedenzfalles“ hinzuweisen, den die amtliche Beschlagnahme eines für die Landesverteidigung arbeitenden Werkes darstelle. Die Regierung selbst habe wiederholt betont, daß Fabrikbesetzungen durch die Belegschaften ungesetzliche Handlungen seien. Wenn nun die Regierung, statt die Streikenden zur Vernunft zu bringen, eine Fabrik kurzerhand beschlagnahme, könne das nur als eine Verbeugung vor denen ausgelegt werden, die den Rahmenvertrag gebrochen hätten. Somit werde eine von der Regierung selbst zugegebene ungesetzliche Handlung durch die gleiche Regierung sanktioniert.

Der Ausschuß für die Vertretung der Interessen von Handel und Industrie halte es für seine Pflicht, der Regierung von der wachsenden Beunruhigung Kenntnis zu geben, die in Handels- und Industriekreisen die nicht unterdrückten Umtriebe berufsmäßiger Hetzer, die ununterbrochene Antastung der staatlich zugesicherten Freiheiten und die von der Regierung verfolgte Politik auslösen müßten.

Tarnungsversuch der französischen Kommunisten.

Paris, 18. Oktober. Einen neuen Beweis ihrer Verlogenheit haben die Kommunisten erbracht mit dem Schreiben, das ihr Vorstand an die Leitung des in Kürze zusammentretenden radikalsozialistischen Landesparteitages richtet. Bekanntlich wird auf diesem Kongreß die Frage, ob und unter welchen Bedingungen die Volksfront weiter zu rechtfertigen sei, eine Rolle spielen. Der Aufruf des radikalsozialistischen Parteivorstandes an das Land hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Partei des Kleinbürgertums den innerpolitischen Wirrwarr und die unausgesetzten Angriffe gegen das Privateigentum satt hat.

Plötzlich entdecken die Kommunisten ihre Vorliebe für Ruhe und Ordnung, für den Schutz des kleinen Sparers usw. Sie gaukeln den Radikalsozialisten ein Volksfrontbild vor, das in den schönsten Farben der Freiheit und Demokratie Frankreichs gemalt ist. Mit dem Stichwort: „Alles für die Volksfront, alles durch die Volksfront!“ wollen sie die Bedenken weiter radikalsozialistischer Kreise zerstreuen; zum wenigsten aber geht eins aus ihrem Schreiben hervor, daß sie sich der Empörung selbst radikalsozialistischer Kreise über ihr Treiben bewußt geworden sind.

„Matin“ über den französisch-sowjetrussischen Pakt.

Paris, 17. Oktober. „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen!“ schreibt der M a t i n in einer Betrachtung zum französisch-sowjetrussischen Pakt. Der französisch-sowjetrussische Baum habe Frankreich nur vergiftete Früchte gebracht. Nach und nach sei die Verständigungsbereitschaft erloschen, hätten sich die Bündnisse, die man für dauerhaft gehalten habe, verflüchtigt, seien Freundschaften, auf die man Wert gelegt habe, wieder aufgelöst und Feindschaften, die man gehofft habe, mildern zu können, neu entfesselt worden. Vor allem sei die Zwietracht unter den Franzosen geschürt worden und für Frankreichs Beschlüsse der brutale Druck einer halb barbarischen ausländischen Regierung entscheidend geworden. Niemals habe man, obwohl von Sicherheit geredet werde, soviel Unsicherheit gekannt. Niemals habe man unter dem Deckwort „Frieden“ die Kriegsgefahr um Frankreich herum so sehr gespürt. Man müsse die Axt an die Wurzel des französisch-sowjetrussischen Baumes legen und den Baumstamm ins Feuer werfen.

Die Tschechoslowakei soll Belgien nachahmen.

Prag, 18. Oktober. In der Erörterung des belgischen Schritts hebt der tschechisch-agrarische **Venkov** hervor, daß zwischen Belgien und der Tschechoslowakei eine beträchtliche Aehnlichkeit der politischen Interessen bestehe. Der belgische König sei offenbar nicht nur durch das Regime im Deutschen Reich, sondern auch durch die innerpolitische Entwicklung in Frankreich zu seinem Entschluß bewogen worden. Nach Polen sei das nun der zweite Nachbar Deutschlands, der die Selbständigkeit und Unabhängigkeit seiner Außenpolitik betone.

Das tschechisch-agrarische Abendblatt **Vecer** schreibt: „Man wollte uns vormachen, daß wir unsere Außenpolitik gemäß unseren Beziehungen zu Frankreich und Sowjetrußland ausrichten sollten, und oft wurde uns Belgien als Beispiel dafür hingestellt, wie ein kleiner Staat Pakte schließen und seine Sicherheit befestigen soll. Indes will, wie man jetzt sieht, ein Land, wo Sozialisten und Katholiken entscheiden, ausschließlich seine eigene, belgische Politik ohne Rücksicht auf irgend jemanden machen.

„Der agrarischen Partei wird dadurch volle Genugtuung zuteil, denn sie ist es, die fordert, daß die Tschechoslowakei keine französische oder sowjetrussische, sondern eine eigene tschechoslowakische Politik machen soll. Das belgische Beispiel ist sehr ernst und im Bewußtsein dessen, daß das tschechoslowakische Schicksal immer mit dem belgischen verglichen wurde, höchst willkommen.“

Die Sowjetunion droht England.

Moskau, 18. Oktober. Die **Iswestija** vom Sonntag enthält einen Artikel zur Nichteinmischungsfrage, der durch seinen drohenden Ton auffällt. Der Artikel ergeht sich in langen Ausführungen über die „empörende Komödie“, die im Londoner Nichteinmischungsausschuß gespielt werde. Es wird die lebhafteste Enttäuschung über die Haltung Englands und Frankreichs zum Ausdruck gebracht und schließlich in scharfem Tone die Forderung nach einer „klaren Antwort“ gestellt.

Gleichzeitig läßt das Blatt, offenbar in der Absicht, die Westmächte einzuschüchtern, durchblicken, welche Gegenmaßnahmen Moskau im Falle der endgültigen Ablehnung seiner Forderungen im Auge hat. Man müsse in diesem Falle, so heißt es, zu der Schlußfolgerung kommen, daß das Nichteinmischungsabkommen tatsächlich zu bestehen aufgehört habe und daß die Madrider „Regierung“ deshalb das Recht des Waffenerwerbs zurückerhalten müsse.

Auch die **Prawda** richtet in drohendem Tone scharfe Angriffe gegen den Londoner Nichteinmischungsausschuß.

A. Pribitschewitsch Parteichef der selbständigen Demokraten.

Belgrad, 17. Oktober. Auf der Führertagung der selbständigen Demokratischen Partei in Agram wurde anstelle des vor kurzem in Prag verstorbenen Führers der Partei, Svetosar Pribitschewitsch, dessen Bruder, Adam Pribitschewitsch, zum Parteichef gewählt. Auf der Tagung wurde beschlossen, die bisherige Zusammenarbeit der selbständigen Demokraten mit der Kroatischen Bauernpartei unter Matschek fortzusetzen.

Einweihung des neuen Parlamentsgebäudes in Belgrad.

Belgrad, 18. Oktober. Am Sonntag fand in Gegenwart der Mitglieder der Regierung und anderer staatlicher Würdenträger die Einweihung des neuen Parlamentsgebäudes statt. Der Bau wurde 1908 begonnen. Seine Fertigstellung wurde zuerst durch die Balkankriege und später durch den Weltkrieg verhindert. Erst von der jetzigen Regierung Stojadinowitsch wurde die endgültige Vollendung des Baues in Angriff genommen.

Seegefecht auf der Höhe von Malaga.

London, 19. Oktober. Wie die T i m e s aus Gibraltar meldet, ist der von Bilbao zurückkehrende rote Kreuzer „Jaime I.“ auf der Höhe von Malaga von nationalsozialistischen Flugzeugen bombardiert worden. Darauf kam es zu einem Gefecht, in dem die nationalistischen Kreuzer „Canarias“ und „Almirante Cevera“ den „Jaime I.“ beschossen. Das Feuer wurde von dem Schiff erwidert, jedoch ohne Erfolg. Die Kreuzer zogen schließlich unbeschädigt in südöstlicher Richtung ab.

Der mexikanische Kriegsminister †.

Mexiko, 18. Oktober. Der mexikanische Kriegs- und Marineminister General Andres F i g u e r o a ist am Sonnabend nach kurzer schwerer Krankheit verstorben.

Verkehrsunglück bei der Rückkehr Nahas Paschas.

London, 17. Oktober. Wie R e u t e r aus Kairo berichtet, ereignete sich bei der Rückkehr des ägyptischen Ministerpräsidenten N a h a s Pascha ein tragischer Unglücksfall. Als der Kairo-Alexandrien-Expreß, in dem sich der Ministerpräsident befand, den Bahnhof von Tukh durchfuhr, raste er in die begeisterte Menge hinein, die Nahus Pascha begrüßen wollte. Elf Personen wurden getötet und vier schwer verletzt.

Besetzung des Restgebietes von Abessinien.

Rom, 17. Oktober. Mit dem Abschluß der Regenzeit haben auf den verschiedensten Abschnitten neue militärische Operationen zur Besetzung des Restgebiets von Abessinien eingesetzt. Meldungen aus Addis Abeba zufolge ist die Kolonialpolitik überall von der Bevölkerung freundlich aufgenommen worden.

Verantwortlich: Kurt Schwartzkopff, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.